

Pressemitteilung

DKG zum DKI-Krankenhaus-Barometer

Viele Krankenhäuser kämpfen ums Überleben

Berlin, 29. Dezember 2025 – Die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser bleibt dramatisch. 2024 haben zwei Drittel der Krankenhäuser Verluste geschrieben (66 Prozent). Der Anteil der Krankenhäuser mit einem Jahresfehlbetrag ist damit nochmals um fünf Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Bundesweit beurteilen nur noch sechs Prozent der Krankenhäuser ihre aktuelle wirtschaftliche Situation als eher gut. Für 2026 erwarten lediglich 13 Prozent der Häuser, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verbessern wird. Das sind Ergebnisse des aktuellen Krankenhaus-Barometers des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), einer jährlich durchgeführten Repräsentativbefragung der Allgemeinkrankenhäuser in Deutschland.

Die anstehende Krankenhausreform sorgt zusätzlich für große Unruhe in den Krankenhäusern. 90 Prozent der befragten Kliniken beklagen fehlende Planungssicherheit, etwa zur künftigen Leistungsstruktur, zur Fallzahlentwicklung und zur Liquidität. Deswegen werden vielerorts Investitionen in die Infrastruktur und Veränderungen in der betrieblichen Organisation zurückgestellt.

„Die Ergebnisse des aktuellen Krankenhaus-Barometers sind alarmierend und ernüchternd zugleich. Die wirtschaftliche Situation unserer Kliniken hat einen historischen Tiefpunkt seit Einführung des Fallpauschalensystems vor mehr als 20 Jahren erreicht. Wenn zwei Drittel der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, bedroht dies die Existenz der Häuser und schränkt deren Möglichkeiten für notwendige Investitionen in Modernisierung und Digitalisierung ein. Wir steuern sehenden Auges auf eine Situation zu, die dramatische Auswirkungen auf die Krankenhauslandschaft in Deutschland haben wird. Die Folgen werden auch für die Patientinnen und Patienten spürbar sein. Eine Wartelistenmedizin wird dann auch in Deutschland zur Realität. Die aktuelle Schiefelage der Kliniken ist das Ergebnis jahrelanger mangelhafter Finanzierung bei gleichzeitig politisch induzierten Kostensteigerungen durch immer neue und höhere Anforderungen vor allem im Bereich der Personalvorhaltung. Die jüngste Inflations- und Energiekrise hat dies noch verschärft. Dabei sind die aktuellen Sparmaßnahmen der Politik bei den Kliniken und ausbleibende Entbürokratisierung noch nicht

PRESESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

ASSISTENZBÜRO
Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

einmal berücksichtigt. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich eine stabile und verlässliche Finanzierungsgrundlage zu schaffen und überbordende Bürokratielasten sowie nutzlose Personalvorgaben zu reduzieren. Die Kliniken müssen heute politisch gewollt etwa 20 Prozent mehr ärztliches und 30 Prozent mehr pflegerisches Personal einsetzen, um die Patientenversorgung aufrecht erhalten zu können, ansonsten drohen Sanktionen und Erlösausfälle. Die Kosten in unserem Gesundheitswesen können mit Sicherheit um zehn Prozent niedriger liegen, wenn sich die Politik auf ihre grundlegenden Aufgaben beschränken und nicht permanent neue Struktur- und Personalvorgaben ohne Evidenz für eine bessere Patientenversorgung erfinden würde“, so der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Gerald Gaß.

Mehr denn je ist auch das Krisenmanagement der Krankenhäuser gefragt. Gerade vor dem Hintergrund außen- und sicherheitspolitischer Zuspitzungen rückt die Krisen- und Kriegsfestigkeit der Kliniken zunehmend ins Blickfeld. Krankenhäuser nehmen als Teil der kritischen Infrastruktur eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung ein und müssen eine kontinuierliche Patientenversorgung sichern. Nahezu alle befragten Einrichtungen verfügen laut DKI-Umfrage mit jeweils 95 Prozent über Alarm- und Einsatzpläne für technische Störungen, infrastrukturelle Ausfälle sowie Gesundheitskrisen. Für Ereignisse wie soziale Unruhen, Naturkatastrophen oder militärische Konflikte sind sie hingegen weniger resilient.

43 Prozent der Kliniken können einen Stromausfall mindestens drei Tage überbrücken. 84 Prozent betrachten erweiterte Treibstoffvorräte als zentrale Voraussetzung zur Sicherung der Notstromversorgung. Allerdings kann nur jede zehnte Klinik die Patientenversorgung bei einem mehrtägigen Ausfall uneingeschränkt aufrechterhalten, lediglich jede fünfte Klinik hat für den Blackout-Fall Kooperationsvereinbarungen mit benachbarten Kliniken getroffen.

Die Ergebnisse des Krankenhaus-Barometers 2025 beruhen auf der schriftlichen Befragung einer repräsentativen Stichprobe von zugelassenen Allgemeinkrankenhäusern ab 100 Betten in Deutschland, die von Mitte Mai bis Mitte Juli 2025 durchgeführt wurde. Beteiligt haben sich insgesamt 376 Krankenhäuser.

Die Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts ist als Anlage beigefügt.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.